Mitteilungen

Objekttyp: Group

Zeitschrift: Plan: Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und

Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Band (Jahr): 9 (1952)

Heft 4

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

Neues vom Büchermarkt

Hospitals; integrated design. Von Isadora Rosenfield; 2. rev. Aufl.; 398 S. Text, 330 Abb.; Reinhold Publishing Corp. New York, 1951.

Eines der kostbarsten Güter des einzelnen Menschen wie auch der ganzen Volkswirtschaft ist die menschliche Gesundheit. Diese zu erhalten oder wiederherzustellen, ist daher eine der wichtigsten Forderungen der heutigen Zeit. Die Vereinigten Staaten von Amerika bemühen sich in vorbildlicher Weise darum, durch Erstellung moderner, zweckmässig eingerichteter und hygienischer Krankenhausbauten solchen Bedürfnissen entgegenzukommen. Das Werk von Rosenfield rollt den Fragenkomplex in umfassender Weise auf. Durch mannigfaltige Grundrisse, Aufrisse, Innenansichten, Modellphotos, Lagepläne u.a.m. vermittelt es den Einblick in die einzelnen Krankenabteilungen, technischen Dienste, zu verwendenden maschinellen Anlagen. Besondere Berücksichtigung verdient die Behandlung der Standortsfrage, da daraus auch für unsere schweizerischen Verhältnisse Rückschlüsse über die regionale Verteilung der Krankenanstalten, über die Bettenzahl pro Bevölkerung usw. gezogen werden können. Das Werk darf bestens empfohlen werden.

Der Einfluss des Fremdenverkehrs auf Wirtschaft und Bevölkerung in der Landschaft Davos. Von Christian Jost. Schweiz. Beiträge zur Verkehrswissenschaft, Heft 40; 175 S. Text, 21 Diagramme. Verlag Stämpfli & Cie., Bern, 1952.

vorliegender Monographie Mit wurde der Versuch unternommen, am konkreten Beispiel eines bekannten Kur- und Sportzentrums die hervorragende Bedeutung des Fremdenverkehrs für die schweizerische Volkswirtschaft darzulegen. Die Arbeit, eine Dissertation, ist in sieben Hauptabschnitte unterteilt. einer Einleitung über die hauptsächlichsten Bestimmungsfaktoren des Fremdenverkehrs und seine wesentlichsten Erscheinungsformen in der Landschaft Davos, untersucht der Autor die wirtschaftliche Entwicklung dieser Landschaft und die Art und Weise, wie sich der Fremdenverkehr auf sie auswirkt. Auch sein Einfluss auf Handel und Industrie und das Verkehrswesen werden nicht vernachlässigt. Ausstrahlungen auf die Bevölkerung werden ebenfalls der Betrachtung wert befunden. Zahlreiche Tabellen ergänzen den Text; ein reichhaltiges Literaturverzeichnis gestattet dem interessierten Leser, die einschlägigen Werke zu konsultieren.

Vg.

Mitteilungen

Landschaftspflege und Landesplanung im Saarland

Die Regierung des Saarlandes ist bestrebt, im Rahmen der Landesplanung in sich geschlossene Schutzgebiete anzulegen. Daher wurden, z. T. in Verbindung mit der Forstverwaltung, grossräumige Flächen der Saarwälder unter besonderen Naturschutz gestellt. Damit werden im dichtest besiedelten Industriegebiet Europas Erholungsflächen geschaffen, die im allgemeinen sozialen Interesse liegen. In biologischer Hinsicht dienen die Wälder der Allgemeinheit dadurch, dass sie die Funktion von Wasserspeichern übernehmen und der Regelung des Mikroklimas nutzbar gemacht werden können. Von gleicher Tragweite ist die Schaffung von Windschutzgürteln. Bei der Stadtplanung von Saarbrükken, der Hauptstadt des Landes, steht das Bemühen im Vordergrund, unter allen Umständen Erholungsflächen und bebaute Räume aufeinander abzustimmen. In zähem Abwehrkampf ist es den Landesplanern dabei gelungen, alle Angriffe auf den bestehenden freien Raum in und um Saarbrücken abzuschlagen. Gleichzeitig sieht die Regierung Massnahmen vor, um der Staub- und Russgefährdung durch die Industrie und der Gewässerverunreinigung ein Ende zu setzen.

Flüchtlinge und Landesplanung

Nach dem unheilvollen Krieg offenbarte sich der Flüchtlingszustrom nach Westdeutschland als ganz besondere Belastung. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen in die Gesellschaftsordnung wurde zu einem umfassenden Aufgabenkomplex aller Einrichtungen. Auch die Landesplanung erhielt zusätzliche Arbeit, um zur Lösung der Notstände beizutragen. Insbesondere in solchen Gebieten, wo bereits Notstände zu verzeichnen waren, verschärfte sich die Lage durch das Hinzukommen der Flüchtlinge.

Mit dem Flüchtlingssiedlungsgesetz vom 10. August 1949 wurde erst einmal den in der Landwirtschaft tätig gewesenen Flüchtlingen geholfen. «Wüstgelegte» Höfe oder Betriebe mit mangelndem Nachwuchs sollten einen Teil der Flüchtlinge aufnehmen. So erwartet u. a. das Land Bayern von 1951—1956 etwa 5000 derartige niedergehende Höfe und rechnet in absehbarer Zeit mit der Unterbringung von rund 50 000 Menschen in der Landwirtschaft.

Besonders zahlreich haben sich die landwirtschaftlichen Nebenerwerbssiedlungen für Flüchtlinge verbreitet. Voraussetzung für eine solche Nebenstelle muss sein, dass der Flüchtling der Gruppe A angehört, d. h. früher östlich der OderNeisse-Linie wohnte, ehemaliger Landarbeiter ist und eine haupt-

berufliche Beschäftigung hat. Die zugewiesene Hofstelle umfasst 1250 m² bei einem Pachtvertrag von 2 bis 6 Morgen (mittlere Grösse = 4 Morgen = 1 ha). Dafür erhält der Flüchtling 9500 DM Kredit, der im Falle eines Einliegers um 3500 DM erhöht werden kann. Ab 3 ha Land wird die Nebenerwerbssiedlung zur Aufbaustelle, womit weitere 5000 DM aus Landesmitteln dazu gegeben werden können

Eine weitere Massnahme ergab sich durch einen Bevölkerungsausgleich in Form der Umsiedlung. Durch eine Verordnung der Bundesregierung vom 29. November 1949 über die Umsiedlung von Heimatvertriebenen aus den übersättigten Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden weitere Arbeitsmöglichkeiten in sogenannten Aufnahmeländern geschaffen (Ruhrgebiet, Französische Zone), wobei namentlich Gewerbe und Industrie berücksichtigt wurden. Die Beschlüsse des Bundestages vom 4. Mai 1950 und 8. März 1951 lieferten weitere Grundlagen zur Durchführung einer grosszügigen Umsiedlung unter besonderer Rücksichtnahme auf die Festlegung der Kapazität der Aufnahmeländer.

Gekoppelt mit übergeordneten Planungsgesichtspunkten konnte u. a. das Land Hessen in dem sogenannten «Hessenplan» (gemäss eines Beschlusses der Hessischen Regierung vom 28. Juni 1950) eine Gesamtumetzung der Flüchtlinge von Norden nach Süden anregen. Hierbei wurde als erste Phase die interne Kreisumsiedlung vorgesehen, Dadurch werden neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen.

Viele Kreise sind nicht in der Lage, durch Selbsthilfe die Situation zu meistern. Dafür gilt als Beispiel der Landkreis Osterholz im Regierungsbezirk Stade, der zu einem grossen Teil vom landwirtschaftlichen Notstandsgebiet Teufelsmoor eingenommen wird. Da die landwirtschaftliche Tragfähigkeit schon ohnehin erschöpft war, würde eine Sanierung nur durch eine Belebung der gewerblichen Wirtschaft möglich sein. Und dies bedingt interne Kreisumsiedlung an arbeitseinsatzmässige Schwerpunkte unter gleichzeitiger Förderung des Wohnungsbaus. Falls eine interne Umsiedlung nicht ausreicht, um den Arbeitsmarkt zu entlasten, so ist die externe Umsiedlung in Aufnahmegebiete notwendig. Dass die arbeitslosen Flüchtlinge bereit sind, für den Fall eines gesicherten Arbeitsplatzes umzusiedeln, hat eine Stichprobenerhebung im Kreis Osterholz erwiesen, wo 60 % durch interne und 40 % durch externe Umsiedlung eine Besserung ihrer sozialen Lage erhoffen. Allgemein wird gehofft, dass ein Teil der beim Lastenausgleich anfallenden Gelder produktiv für Flüchtlingsbetriebe investiert werden kann. Nur so ist eine Besserung der Gesamtlage möglich.

Scho.